



**An die  
Mitglieder  
des Jugendhilfeausschusses**

**Dezernat V  
Bildung, Jugend, Soziales und  
Kultur**

05 – Entwicklung und strategische  
Steuerung Bildung und Soziales

Rathaus, Haupteingang

Auskunft erteilt

Frau Krüger, Zimmer 25

Telefon

309 – 3105

Telefax

309 – 3415

Email

daniela.krueger@stadt.lueneburg.de

Mein Zeichen

51 00 02

Datum

17.01.2025

## PROTOKOLL

Anliegend erhalten Sie das Protokoll zur nachstehenden Sitzung:

▼ Gremium

**Jugendhilfeausschuss**

▼ Sitzung vom:

**13.08.2024**

▼ Sitzungsort

**Huldigungssaal, Rathaus**

▼ Tatsächliche Sitzungsdauer

**16:00 Uhr - 17:14 Uhr**

**Den Öffentlichkeitsstatus der Sitzung entnehmen Sie bitte der beigefügten Tagesordnung.**

Vorsitzende

Dezernent

Protokollführerin

Warnck

Forster

Penzkofer



## **ANWESENHEITSLISTE**

### **Anwesende Mitglieder**

#### **Vorsitz**

Frau Jana Mederike Warnck

#### **Mitglieder des Gremiums**

Frau Antje Henze

Frau Anna Bauseneick

Herr Uwe Nehring

Vertretung für: Herrn Philipp Meyn

Frau Pia Redenius

Frau Laura Schäfer

#### **Grundmandat**

Herr Dirk Neumann

#### **Beschließende Mitglieder**

Rudy Kaufmann

Frau Kerstina Peck

Frau Katharina Wortmann-Wanke

#### **Beratende Mitglieder**

Herr Uwe Brunken

Herr Jens Döhrmann Stadtjugendpfleger

Frau Karin Fischer Gleichstellungsbeauftragte

Frau Anke Kruschel

Herr Thorsten Treybig Stabsstelle 05-1

Herr Frank Wohlgemuth

#### **Verwaltung**

Herr Florian Forster Stadtrat

Frau Daniela Krüger Stabsstellenleiterin 05-1

Frau Irene Skrobanek BL 53

Frau Jutta Bauer FBL 5-3

Frau Regina Schallar FBL 5-2

#### **Protokollführung**

Frau Tamara Penzkofer SGL 532 b

### **Abwesende Mitglieder**

#### **Mitglieder des Gremiums**

Frau Andrea Kabasci	fehlt entschuldigt
Herr Philipp Meyn	fehlt entschuldigt

#### **Grundmandat**

Herr Eike Freitag	fehlt entschuldigt
-------------------	--------------------

#### **Beschließende Mitglieder**

Herr Thorben Peters	fehlt entschuldigt
---------------------	--------------------

#### **Beratende Mitglieder**

Frau Olga Arnold	fehlt entschuldigt
Frau Lucy Grimme	fehlt entschuldigt
Frau Christine Hiller	fehlt entschuldigt
Frau Katrin Lackowski	fehlt entschuldigt
Frau Marianne Vicari	fehlt entschuldigt
Frau Dr. Marion Wunderlich	fehlt entschuldigt

#### **Verwaltung**

Herr Niklas Hampe Stabsstelle 05-1	fehlt entschuldigt
------------------------------------	--------------------

## **TAGESORDNUNG:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1**            **Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2**            **Feststellung der Tagesordnung**
- 3**            **Genehmigung des Protokolls vom 15.02.2024**
- 4**            **Genehmigung des Protokolls vom 16.05.2024**
- 5**            **Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil**
- 6**            **Einwohnendenfragen**
- 7**            **Änderungen im Leistungsverzeichnis zur Festlegung der Betriebskosten im Rahmen der Verträge mit den einzelnen Trägern zur Fehlbetragsfinanzierung von Kindertagesstätten in freier Trägerschaft im Stadtgebiet der Hansestadt Lüneburg  
Vorlage: VO/11381/24**
- 8**            **Bundesprojekt "Demokratie Leben"- Bericht über die Abgabe der Interessenbekundung für die Förderperiode 2025-2032**
- 9**            **Antrag "Berufung eines Vertreters in den Jugendhilfeausschuss" (Antrag der SPD-Fraktion vom 23.05.2024, eingegangen 27.05.2004 um 18:54 Uhr)  
Vorlage: VO/11324/24**
- 10**           **Anfragen im öffentlichen Teil**

## **PROTOKOLL:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Warnck eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden in Präsenz und die Ausschussmitglieder, die über Videokonferenz zugeschaltet sind.

#### **Ergebnis**

Nach ordentlicher Ladung wird die Beschlussfähigkeit festgestellt.

#### **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

Ratsfrau Bauseneick beantragt, den TOP 9 von der Tagesordnung zu nehmen, da dieser in der CDU-Fraktion vorab nicht besprochen werden konnte.

Stadtrat Forster, Leiter des Dezernats V, Bildung, Jugend, Soziales und Kultur erläutert, dass der Antrag explizit für diese Jugendhilfeausschusssitzung gestellt wurde. Er bittet darum, die von der Verwaltung hierzu erstellte Stellungnahme in dieser Sitzung zu erörtern und in die Diskussion zu gehen.

Ratsfrau Bauseneick stimmt der Bitte zu.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Warnck stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss: Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltungen:	0

#### **zu 3 Genehmigung des Protokolls vom 15.02.2024**

Es liegen Anmerkungen zum Protokoll vom 15.02.2024 vor.

Ratsfrau Peck erklärt, dass sie auf der Anwesenheitsliste am 15.02.2024 als anwesend geführt wird, sie an der Sitzung am 15.02.2024 aber nicht teilgenommen hat.

Frau Krüger, Leiterin der Stabsstelle Strategische Führungsunterstützung sagt zu, dass die Anwesenheitsliste korrigiert wird.

Ratsfrau Bauseneick bittet darum, dass die Protokolle zeitnah zur Verfügung gestellt werden, damit über diese dann auch zeitnah Beschluss gefasst werden kann.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Warnck stellt die Genehmigung des Protokolls vom 15.02.2024 zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss: Das Protokoll vom 15.02.2024 wird genehmigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	6
Nein:	0
Enthaltungen:	1

## **zu 4 Genehmigung des Protokolls vom 16.05.2024**

Es liegen keine Anmerkungen zum Protokoll vom 16.05.2024 vor.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Warnck stellt die Genehmigung des Protokolls vom 16.05.2024 zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss: Das Protokoll vom 16.05.2024 wird genehmigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	6
Nein:	0
Enthaltungen:	1

## **zu 5 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil**

Herr Döhrmann, Bereich Soziale Dienste, stellt anhand der PowerPointPräsentation, die als Anlage zu TOP 5 dem Protokoll beigelegt ist, die Ergebnisse der Kinder- und Jugendkonferenz 2024 vor. Bereits seit circa 10 Jahren werden Kinder- und Jugendkonferenzen durchgeführt. Der Zeitumfang für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Kinder- und Jugendkonferenz beläuft sich auf ein Jahr. Die vier Arbeitsgruppen Spielplatz, Freizeit, Sport sowie Verkehr – Natur – Schule wurden von einem großen Team begleitet. Insbesondere in der Arbeitsgruppe Spielplatz wurden viele Vorschläge erarbeitet.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationen der Verwaltung zur Kenntnis.

## **zu 6 Einwohnendenfragen**

Es liegen keine Einwohnendenfragen vor.

### **Ergebnis:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt dies zur Kenntnis.

### **zu 7      Änderungen im Leistungsverzeichnis zur Festlegung der Betriebskosten im Rahmen der Verträge mit den einzelnen Trägern zur Fehlbetragsfinanzierung von Kindertagesstätten in freier Trägerschaft im Stadtgebiet der Hansestadt Lüneburg Vorlage: VO/11381/24**

Stadtrat Forster, Leiter des Dezernats V, Bildung, Jugend, Soziales und Kultur geht erläuternd auf die Erhöhung der Vertretungsreserve für das pädagogische Personal in den Kindertagesstätten in freier Trägerschaft sowie auf die abgeschlossenen Fehlfinanzierungsverträge mit den Freien Trägern ein. Um die Betreuung in den Kindertagesstätten aufrecht zu erhalten, ist eine ausreichende Vertretungsreserve unabdingbar. In 2024 wurde die Vertretungsreserve für die städtischen Kindertagesstätten neu berechnet, es ergab sich ein erhöhter Bedarf für die Vertretungsreserve, die darauf gestellten Stellenplananträge wurden mit dem Haushalt 2024 genehmigt. Grund für den erhöhten Bedarf an Vertretungsreserve sind unter anderem die im Juli 2022 eingeführten Regenerationstage sowie der extrem angestiegene Krankenstand beim pädagogischen Personal in den Kindertagesstätten. Da sich der Bedarf an Vertretungsreserve in den städtischen Kindertagesstätten bereits zwischen 21% und 23% bewegt, ist es erforderlich, die Vertretungsreserve der Freien Trägern von Kindertagesstätten anzupassen, zumal diese bereits diesbezüglich an die Hansestadt Lüneburg herangetreten sind. Zwischenzeitlich beläuft sich die Anzahl der durchschnittlichen Krankheitstage auf 30 Tage im Jahr je pädagogischem/r Mitarbeiter:in.

Ratsfrau Schäfer möchte wissen, warum die Vertretungsreserve der Freien Träger nur auf 21% angehoben werden soll, wenn der durchschnittliche Wert bei den Freien Trägern bereits bei 23,42% liegt.

Stadtrat Forster, Leiter des Dezernats V, Bildung, Jugend, Soziales und Kultur erklärt, dass die Lücke zwischen den bislang berücksichtigten 13% und den künftig zu berücksichtigenden 21% sehr hoch ist. Eine weitere Erhöhung würde den Haushalt des Jugendhilfeausschusses übersteigen. Aufgrund dessen, dass die tatsächlichen Krankheitstage immer erst im Nachhinein ermittelt werden können, kann eine zeitnahe Anpassung nicht umgesetzt werden.

Ratsfrau Wortmann-Wanke fügt an, dass es seit 2023 eine Ungleichbehandlung zwischen den städtischen Kindertagesstätten und den Kindertagesstätten in freier Trägerschaft gab. Im Nachverhandlungstermin zum Fehlfinanzierungsvertrag wurde der Verhandlungsgruppe in Aussicht gestellt, dass eine Erhöhung der Vertretungsreserve zum 01.01.2024 erfolgen kann, um auch die Schließung von Kindertagesstätten wegen fehlendem Personal zu vermeiden. Vereinzelt wurde von den Freien Trägern bereits 21% Vertretungsreserve bei der Personalbedarfsberechnung rückwirkend ab dem 01.01.2024 angesetzt und pädagogisches Personal eingestellt. Wie wird hiermit umgegangen, um Kündigungen zu vermeiden?

Ratsherr Nehring möchte wissen, ob der Bedarf der Vertretungsreserve bei den Freien Trägern geprüft wird.

Stadtrat Forster, Leiter des Dezernats V, Bildung, Jugend, Soziales und Kultur erläutert, dass sich der Bereich Frühkindliche Bildung und Betreuung aktuell in der ersten Abrechnung der Betriebskosten im Rahmen des Fehlfinanzierungsvertrages befindet. Erst nach Abschluss der vollständigen Abrechnung der Betriebskosten für das Jahr 2023 kann ermittelt werden, ob ein höherer Bedarf besteht. Die Freien Träger nutzen für die Berechnung des Bedarfs an pädagogischem Personal und der Vertretungsreserve die vom Land Niedersachsen zur Verfügung stehenden Tools.

Frau Bauer, Leiterin des Fachbereichs Familie und Bildung ergänzt, dass die Freien Träger im Januar 2024 auf die Hansestadt Lüneburg zugekommen sind und um die Aufnahme weiterer Verhandlungen gebeten haben, diese

Möglichkeit sieht der Fehlfinanzierungsvertrag für beide Vertragsparteien vor. Im Februar 2024 hat der erste Nachverhandlungstermin mit Vertretenden der Freien Trägerschaft stattgefunden, hierbei wurde sich darauf geeinigt, dass zunächst der Abschluss der ersten Betriebskostenabrechnung gemäß dem Fehlfinanzierungsvertrag für das Jahr 2023 abgewartet wird. Des Weiteren wurde in diesem Termin erläutert, dass eine Erhöhung der Vertretungsreserve vorbehaltlich der Zustimmung der politischen Gremien erfolgen kann. Da der erste Nachverhandlungstermin erst im Februar 2024 stattfand, konnte im Januar 2024 noch von keiner höheren Vertretungsreserve ausgegangen werden, zumal eine rückwirkende Einstellung von zusätzlichem Personal nicht möglich war. Von den Vertretenden der Freien Träger wurde in dem Verhandlungstermin im Februar 2024 zugesagt, dass mit einer Vertretungsreserve von 21% gut gearbeitet werden kann. Im Rahmen der vorgelegten Betriebskostenabrechnungsbögen werden die bei den Freien Trägern angefallenen Kosten überprüft und bei Unklarheiten mit diesen geklärt. Bezugnehmend auf die Krankheitstage des pädagogischen Personals in den Kindertagesstätten der Freien Träger wurde vorab durch das Sachgebiet Kindertagesstätten – Verwaltung und Controlling eine Abfrage bei den Freien Trägern durchgeführt.

Ratsfrau Bauseneick bittet um Informationen in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses über die Wünsche und Bedarfe der Freien Träger und wie die Freien Träger zu den Fehlfinanzierungsverträgen stehen.

Ratsherr Neumann möchte wissen, ob es sich bei der Vertretungsreserve um eine dauerhafte Aufgabe des pädagogischen Personals handelt. Des Weiteren bittet er um Angabe, warum die Überprüfung der Finanzierung der Freien Träger nicht genau erfolgen kann.

Stadtrat Forster, Leiter des Dezernats V, Bildung, Jugend, Soziales und Kultur erläutert, dass es sich bei der Vertretungsreserve um zusätzliches Personal handelt, das dauerhaft angesetzt wird, fester Bestandteil der Personalbedarfsberechnung ist und diese Stellen im Stellenplan fest verankert sind. Die hier zu beschließende Erhöhung der Vertretungsreserve für das pädagogische Personal in den Kindertagesstätten in freier Trägerschaft ist ein wichtiges Signal für die Freien Träger, um den Personalbedarf zu decken und eine gute Betreuung der Kinder sicherzustellen. Die Personalkosten der Freien Träger werden im Rahmen der Betriebskostenabrechnungen spitz abgerechnet.

Ratsfrau Wortmann-Wanke möchte wissen, ob die Freien Träger, die ihre Vertretungsreserve bereits auf 21% erhöht haben und dadurch in eine Schieflage kommen, auf die Hansestadt Lüneburg zukommen können und ob der Beschlussvorschlag entsprechend angepasst werden kann.

Stadtrat Forster, Leiter des Dezernats V, Bildung, Jugend, Soziales und Kultur sagt zu, dass die Verwaltung eine erneute Abfrage bei den Freien Trägern durchführt, ob und inwieweit die Vertretungsreserve bereits rückwirkend erhöht und zusätzliches Personal eingestellt wurde. Die Verwaltung wird die hierfür entstandenen Mehrkosten ermitteln und klären, ob zur Deckung dieser Mehrkosten noch Haushaltsmittel in 2024 zur Verfügung stehen. Der Beschlussvorschlag kann daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht diesbezüglich angepasst werden.

Ratsfrau Schäfer bittet die Verwaltung, das Entstehen des Missverständnisses bei den Freien Trägern, dass einige der Freien Träger bereits rückwirkend ab dem 01.01.2024 die erhöhte Vertretungsreserve bei der Personalbedarfsberechnung angesetzt haben, aufzuarbeiten.

Frau Bauer, Leiterin des Fachbereichs Familie und Bildung erläutert, dass es über den Verhandlungstermin im Februar 2024 ein Protokoll gibt, die Verwaltung den Werdegang recherchieren wird und der Jugendhilfeausschuss regelmäßig über den weiteren Verlauf der Nachverhandlungen informiert wird.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Warnck stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen: Die Änderungen im Leistungsverzeichnis zur Festlegung der Betriebskosten im Rahmen der Verträge mit den einzelnen Trägern zur Fehlbeitragsfinanzierung von Kindertagesstätten in freier Trägerschaft im Stadtgebiet der Hansestadt Lüneburg werden wie folgt beschlossen:

- a. Die redaktionellen Änderungen im Leistungsverzeichnis unter den Punkten 1.1, 2.7, 2.8, 3.2, 3.3, 3.4 und 3.8, die keine finanzielle Auswirkung auf den Haushalt der Hansestadt Lüneburg

haben, werden rückwirkend ab dem 01.01.2023 vorgenommen.

- b. Analog zur Regelung in den städtischen Kindertagesstätten wird die Vertretungsreserve im Rahmen der Personalbedarfsberechnung für die pädagogischen Mitarbeitenden in Kindertagesstätten der Freien Träger ab 01.09.2024 auf 21% angehoben.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja: 8  
Nein: 0  
Enthaltungen: 0

## **zu 8 Bundesprojekt "Demokratie Leben"- Bericht über die Abgabe der Interessenbekundung für die Förderperiode 2025-2032**

Frau Bauer, Leiterin des Fachbereichs Familie und Bildung, informiert anhand der PowerPointPräsentation, die als Anlage zu TOP 8 dem Protokoll beigefügt ist, über die geplante Fortführung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in der Hansestadt Lüneburg 2025 – 2032. Die großen Eckdaten und Anforderungen zur Antragstellung wurden durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vorgegeben, die Hansestadt Lüneburg hat sich damit ausführlich befasst. Die Erstellung des ausformulierten Antrages ist derzeit in Bearbeitung. Sobald alle Informationen zur Antragstellung vorliegen, wird der Antrag zur Beratung im Ausschuss eingebracht.

Frau Fuchs-Zimmermann, Bereich Soziale Dienste und Frau Robben von der Koordinierungs- und Fachstelle „Demokratie leben!“ berichten, dass das Förderprogramm bereits seit 2015 von der Hansestadt Lüneburg in Zusammenarbeit mit zahlreichen Kooperationspartner:innen umgesetzt wird. Ab 2025 soll das bereits Aufgebaute fortgeführt und weiterentwickelt werden. Geplant ist, innerhalb der nächsten acht Jahre das bestehende Netzwerk auszubauen, weiterhin Projekte im Themenfeld und Maßnahmen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit umzusetzen. Auch der Begleitausschuss, der ab 2025 „Bündnis“ heißt, soll wie bisher regelmäßig zusammenkommen. Im Aktions- und Initiativfonds stehen bzw. standen 2024 Mittel in Höhe von 42.500 € für Projekte zur Verfügung. Aufgrund der hohen Nachfrage sind die Mittel bereits fast vollständig vergeben. Die Höhe des Fördertopfes 2025 ist noch nicht bekannt. Als nächste Aktionen finden unter anderem am 28.08.2024 die Fortbildung „Hass und Mobbing bei WhatsApp & Co“ und am 28.09.2024 der vierte Solidaritätslauf auf den Sülzwiesen statt. Ausführliche Informationen sind auf der Homepage luenebunt unter dem Link: [www.luenebunt.de](http://www.luenebunt.de) abrufbar.

Frau Bauer, Leiterin des Fachbereichs Familie und Bildung ergänzt, dass das Fördervolumen im nächsten Förderzeitraum nach jetzigem Kenntnisstand maximal bis zu 140.000 € betragen kann. Mit den Fördermitteln werden unter anderem die Projekte, die Öffentlichkeitsarbeit, das Jugendforum sowie die Koordinations- und Fachstelle „Demokratie leben!“ finanziert. Das Projekt wird künftig bei 09 – Gleichstellungsbeauftragte verortet sein, Gründe hierfür sind die querschnittsorientierte Ausrichtung des Bundesförderprogramms „Demokratie leben!“ auf unterschiedliche Zielgruppen und nicht mehr nur auf Kinder und Jugendliche. Für die Fortsetzung des Projektes ist eine entsprechend übergreifende organisatorische Verortung notwendig, die zeitnah umgesetzt werden soll. Hierzu wird ein Teil der neuen Koordinationsstelle Teilhabe und Antidiskriminierung im Bereich von Frau Fischer, Gleichstellungsbeauftragte, zur Verfügung gestellt.

Frau Fischer, beratendes Mitglied in ihrer Funktion als Gleichstellungsbeauftragte ergänzt, dass die neu zu schaffende Koordinationsstelle Teilhabe und Antidiskriminierung und deren Aufgaben in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe vorgestellt wurden. Die Hälfte der vollzeitäquivalenten Stelle soll durch „Demokratie leben!“ abgedeckt, die weitere halbe vollzeitäquivalente Stelle als Koordinationsstelle Teilhabe und Antidiskriminierung öffentlich ausgeschrieben werden. Es besteht der Wunsch, dass „Demokratie leben!“ bis zum 01.10.2024 bei 09 – Gleichstellungsbeauftragte verortet ist und die Koordinationsstelle Teilhabe und Antidiskriminierung öffentlich ausgeschrieben werden kann.

Ratsfrau Henze erläutert, dass der Wunsch bestand, dass eine zusätzliche vollzeitäquivalente Stelle für die politisch gewollte Koordinationsstelle Teilhabe und Antidiskriminierung geschaffen wird und „Demokratie leben!“ als zusätzlich halbe vollzeitäquivalente Stelle im Gleichstellungsbüro ergänzt würde. Eine halbe vollzeitäquivalente Stelle ist nicht gut ausschreibbar.

Frau Fischer, beratendes Mitglied in ihrer Funktion als Gleichstellungsbeauftragte ergänzt, dass trotz der offiziell halben Koordinationsstelle Teilhabe und Antidiskriminierung zusammen mit „Demokratie leben!“ inklusive der dazugehörigen Koordinations- und Fachstelle von der Laawaetz-Stiftung ein breit aufgestelltes Team ermöglicht wird, das gemeinsam in die dieselbe Zielrichtung gehen wird, Synergien nutzt und effektiv zusammenarbeiten kann.

Stadtrat Forster, Leiter des Dezernats V, Bildung, Jugend, Soziales und Kultur bestätigt, dass eine halbe vollzeitäquivalente Stelle verloren geht, das Projekt ist aber bereits in 2016 aus der Jugendpartizipation heraus gestartet, der Fokus erweitert sich nun auf Menschen im Erwachsenenalter. Wichtig ist, dass das Projekt jetzt an einer Stelle verortet ist.

Frau Bauer, Leiterin des Fachbereichs Familie und Bildung, weist abschließend darauf hin, dass der Zeitpunkt für den Folgeantrag derzeit noch nicht feststeht. Sollte das Interessenbekundungsverfahren für die Hansestadt Lüneburg aber positiv verlaufen, müsste der Antrag aufgrund der zeitlichen Taktung ggf. schon gestellt werden, bevor ein finaler Beschluss des Fachausschusses vorliegen würde. Die Zuständigkeit wird zu dem Zeitpunkt voraussichtlich bereits auf den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Ehrenamt übergegangen sein. Sollte es von diesem Ausschuss nachträglich keine Zustimmung zum Folgeantrag geben, wäre der Antrag wieder zurückzunehmen.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationen der Verwaltung zur Kenntnis.

### **zu 9      Antrag "Berufung eines Vertreters in den Jugendhilfeausschuss" (Antrag der SPD-Fraktion vom 23.05.2024, eingegangen 27.05.2024 um 18:54 Uhr) Vorlage: VO/11324/24**

Ratsherr Nehring geht erläuternd auf den gestellten Antrag ein und bestätigt, dass hierfür die Satzung des Jugendhilfeausschusses geändert werden muss.

Stadtrat Forster, Leiter des Dezernats V, Bildung, Jugend, Soziales und Kultur erläutert, dass für die Satzungsänderung ein Beschluss des Verwaltungsausschusses und des Rates erforderlich ist. Für die Satzungsänderung muss ein Namensvorschlag vorliegen. Die Verwaltung würde anschließend einen Vorschlag zur Satzungsänderung erstellen und diesen in die politischen Gremien einbringen.

Stadtrat Forster, Leiter des Dezernats V, Bildung, Jugend, Soziales und Kultur stellt klar, dass in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.08.2024 nicht über den Antrag der SPD-Fraktion in der gestellten Form entschieden werden kann, da dies die Kompetenzen des Jugendhilfeausschusses übersteigen würde. Er stellt zwei Möglichkeiten vor:

1. Der Antrag wird zurückgenommen.
2. Der Antrag wird wie folgt geändert: Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung des Jugendhilfeausschusses zu ändern, um die Interessensgemeinschaft der Kindertagespflege als beratendes Mitglied aufzunehmen und dem Verwaltungsausschuss und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ratsherr Nehring, Ausschussmitglied der SPD-Fraktion, ändert den Antrag „Berufung eines Vertreters in den Jugendhilfeausschuss (Antrag der SPD-Fraktion vom 23.05.2024, eingegangen 27.05.2024 um 18:54 Uhr) wie folgt ab: Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung des Jugendhilfeausschusses zu ändern, um die Interessensgemeinschaft der Kindertagespflege als beratendes Mitglied aufzunehmen und dem Verwaltungsausschuss und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Warnck stellt den geänderten Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss: Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung des Jugendhilfeausschusses zu ändern, um die Interessensgemeinschaft der Kindertagespflege als beratendes Mitglied aufzunehmen und dem Verwaltungsausschuss und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltungen:	1

**zu 10      Anfragen im öffentlichen Teil**

Anfragen werden im öffentlichen Teil nicht gestellt.

**Ergebnis:**

Der                      Jugendhilfeausschuss                      nimmt                      dies                      zur                      Kenntnis.